



2021/11 dschungel

<https://jungle.world/artikel/2021/11/der-kurze-traum-vom-sozialismus-anderer-art>

Die »Dritte Revolution« von Februar und März 1921

Der kurze Traum vom »Sozialismus anderer Art«

Von **Dirk Farke**

Vor 100 Jahren liquidierte die Rote Armee die Kommune von Kronstadt.

Zweieinhalb Wochen währte die »Dritte Revolution«. Von Ende Februar bis 18. März 1921 verschanzten sich etwa 16 000 Matrosen zusammen mit der Zivilbevölkerung in der auf der Ostseeinsel Kotlin gelegenen Festung von Kronstadt. Es war die Elitetruppe, die vier Jahre zuvor den Bolschewiki bei der Oktoberrevolution zum Sieg verholfen hatte. Leo Trotzki hatte sie als »Schönheit und Stolz der Oktoberrevolution« gepriesen. Ihr Aufstand bildet das historische Ereignis, bei dem das Pendel der Revolution am weitesten nach links ausschlug.

Um die Jahreswende 1920/1921 war Russland Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen. Überall im Land streikten die Werktätigen, in deren Namen die Partei Lenins offiziell regierte. Am 23. Februar traten auch die Arbeiter in Petrograd, dem früheren Sankt Petersburg und späteren Leningrad, nur 20 Kilometer entfernt von Kronstadt, in den Streik. Ihre zentralen Forderungen lauteten Freiheit für alle Werktätigen, Aufhebung der Sonderdekrete und freie Wahlen für die Sowjets. Die Bewohner Kronstadts schlossen sich den Forderungen unmittelbar an.

Wie konnte es ausgerechnet in Sowjetrußland zu einer linken Revolte kommen? Die Situation nach dem Roten Oktober 1917 war gekennzeichnet von einer gravierenden Diskrepanz zwischen dem, was die Partei versprochen, und dem, was sie verwirklicht hatte. Im Januar 1921 kürzten die Bolschewiki die Brotationen um ein Drittel. Überall im Land kämpften und streikten die Werktätigen gegen die Militarisierung der Arbeit, die Entmündigung der Gewerkschaften und eine exzessive Bürokratisierung.

Große Hoffnungen ruhten zunächst auf den Sowjets und der Rätedemokratie. Deren Einfluss schwand jedoch in dem Maße, in dem der immer absolutistischer regierenden Partei samt ihrer karrieristischen Funktionäre wuchs. Massenaustritte aus der Partei waren bald an der Tagesordnung.

Anders als in vielen anderen Regionen waren die politisierten Matrosen in Kronstadt nicht gewillt, diese Entwicklung hinzunehmen. Am 28. Februar verabschiedeten sie die sogenannte Petropawlowsk-Resolution, die von einer Vollversammlung der Kronstädter und der dort stationierten Einheiten der Roten Armee angenommen wurde. Ihre zentrale Forderung lautete: »Da die gegenwärtigen Sowjets den Willen der Arbeiter und Bauern nicht mehr ausdrücken, (fordern wir) augenblicklich neue, geheime Wahlen auszuschreiben und für den Wahlkampf die volle Freiheit für die Agitation bei den Arbeitern und Soldaten zu garantieren.« Mit der Parole »Alle Macht den Räten, nicht der Partei« beriefen sich die Aufständischen auf einen Artikel der ersten Verfassung der Sowjetrepublik, die der Allrussische Sowjetkongress am 10. Juli 1918 beschlossen hatte. Dieser zufolge lag die zentrale und lokale Macht bei den Sowjets.

Satzungsgemäß sollte der Sowjet von Kronstadt am 2. März gewählt werden. Dazu kam es allerdings nicht. Auf einer Versammlung im Hafen von Kronstadt wurde ein provisorisches Revolutionskomitee eingesetzt.

Wie aber sollte die autokratische Parteispitze auf die Forderungen der Matrosen reagieren? Immerhin handelte es sich um Marineangehörige, die nicht nur der Kommunistischen Partei im Bürgerkrieg gegen die Weißen zum Sieg verholfen hatten, sondern auch die Parolen der Oktoberrevolution ernst nahmen. Bereits im Mai 1920 hatte Lenin gegen rätekommunistische Bestrebungen seine berühmte Kampfschrift »Der ›Linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« publiziert. Darin verteidigt er die bolschewistische Politik und fordert, alle Kommunisten sollten sich in den großen Gewerkschaften organisieren und an parlamentarischen Wahlen teilnehmen. Die Linie war damit vorgezeichnet, allerdings wäre es nicht glaubhaft gewesen, ausgerechnet die ruhmreichen Matrosen von Kronstadt der »Kinderei« zu bezichtigen.

Lenin behauptete daher, dass die Eliteeinheit von 1917 mit den Aufständischen von 1921 nicht mehr viel gemein habe. Die Truppe sei von reaktionären Kräften, Kleinbürgern und Kulaken, unterwandert. Radio Moskau verbreitete einen Aufruf zum »Kampf gegen das Komplott der Weißen Garde«. Die Provinz wurde unter verschärftem Kriegsrecht gestellt, und Trotzki befahl am 7. März den Angriff auf die Festung, in der sich die Matrosen verschanzt hatten. Zahlreiche Soldaten desertierten und kämpften auf der Seite der Aufständischen. Die Bolschewiki mussten den Angriff beenden und aufgeben.

Unterdessen fand in Moskau der 10. Parteitag der KPR(B), also der Bolschewiki, statt. 300 Delegierte meldeten sich freiwillig, um gegen die Kronstädter Rebellen zu kämpfen. Lenin gab die Parole aus: »In Kronstadt will man die Weißgardisten nicht, will man unsere Macht nicht – eine andere Macht gibt es nicht.«

Der zweite Angriff begann in der Nacht zum 16. März. Gegen die nun besser bewaffneten und parteitreuen Truppen hatten die Rebellen keine Chance. Diejenigen, die nicht aus der belagerten Festung nach Finnland fliehen konnten, wurden exekutiert oder bestenfalls in die berüchtigten sowjetischen Straflager deportiert. Der Kampf um Kronstadt gilt als einer der blutigsten des gesamten Bürgerkrieges. Die »Dritte Revolution« (nach der Februar- und Oktoberrevolution 1917) endete in einem Blutbad, der Traum eines »Sozialismus anderer Art«, wie die Kronstädter Zeitung *Iswestija* schrieb, war ausgeträumt.

Große Hoffnungen ruhten zunächst auf den Sowjets und der Räte­demokratie. Deren Einfluss schwand jedoch in dem Maße, in dem die immer absolutistischer regierenden Partei samt ihrer karrieristischen Funktionäre wuchs.

Die gewaltsame Niederschlagung der Rätebewegung in Russland verstärkte in vielen Ländern die bereits seit langem gärende Kritik am bolschewistischen, leninistischen Herrschaftsprinzip. Ausgangspunkt war die aus den Ereignissen in Russland abgeleitete Erkenntnis, dass die soziale Revolution weder Parteisache noch Staatsaktion sein könne. Es reiche nicht aus, die Privatkapitalisten zu enteignen und stattdessen den Staat als faktischen Gesamtkapitalisten zu etablieren.

Als Korrektiv boten sich die Überlegung Marxens zu den Pariser Ereignissen von 1871 an. Die dortige Kommune sei »wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse; (...) die endlich entdeckte Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiter sich vollziehen konnte«. Die Kommune war nach Marx eine »Revolution gegen den Staat selbst, gegen - diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft«. Vor allem war sie »keine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen«.

Darüber hinaus war sie Vorbild und Muster der Räte­systeme aller russischen Revolutionen seit 1905, in deren Verlauf sodann jeweils die Bezeichnung Räte für die Selbstverwaltungsorgane innerhalb der politischen und ökonomischen Strukturen auftrat.

Sieht man von Rosa Luxemburg ab, war es vor allem die holländisch-deutsche Linke, die die Kritik an der russischen postrevolutionären Entwicklung formulierte. Zu ihren Wortführern gehörte insbesondere Anton Pannekoek, dem die Entwicklung einer linken Bewegung zu verdanken ist, die den Kommunismus als freie Assoziation der Produzenten versteht. Sie impliziert die Aufhebung der Trennung zwischen Politik und Ökonomie ebenso wie das Konzept einer antiautoritären Selbstverwaltung der Weltgesellschaft, die ohne nationale Grenzen und Parteien auskommt.

Trotz aller berechtigten Kritik am Rätekommunismus, der wie alle Bewegungen auch ein Produkt seiner Zeit war und auf die damaligen gesellschaftlichen und materiellen Verhältnisse reagierte, formulierten dessen Protagonisten doch Positionen, hinter die heutige kapitalismuskritische Emanzipationsbewegungen nicht zurückfallen dürfen.